**Niederschrift
zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde
Moorrege (öffentlich)**

Sitzungstermin: Mittwoch, den 15.03.2023

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 21:36 Uhr

Ort, Raum: Restaurant Ydrama, Kirchenstraße 28, 25436
Moorrege

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Adam	FWM	Vertreter für Möller, Ulrich
Herr Bürgermeister Wolfgang Balasus	CDU	
Herr Wolfgang Burek	CDU	Vorsitzender
Frau Sabine Darpe	CDU	Vertreterin für Schmidt, Stefan
Herr Harald Glashoff	FWM	
Herr Rolf Hantel	CDU	
Herr Thomas Kasimir	FWM	
Herr Thorben Repenning	Bünd	
nis90/Die Grünen		
Frau Janina Schildt	SPD	Vertreterin für Dührkop, Thorsten

Außerdem anwesend

Herr Martin Balasus CDU

Gäste

12 Bürger

Frau Birgit Möller

Stadtplanungsbü
ro Möller-Plan

Herr Daniel Wolff

Stadtplanungsbü
ro Möller-Plan

Protokollführer/-in

Frau Pagelkopf

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thorsten Dührkop	SPD	
Herr Ulrich Möller	FWM	stv. Vorsitzender
Herr Stefan Schmidt	CDU	

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 02.03.2023 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Bau- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 11 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird beschlossen.
Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Beschluss über den Antrag zur Änderung des Regionalplans (Änderung der Grenzen des regionalen Grünzugs) mit dem Zweck, die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage zu ermöglichen.
Vorlage: 1432/2023/MO/BV
5. Regenwasserentlastung Schulkoppel
Vorlage: 1430/2023/MO/BV
6. Satzung der Gemeinde Moorrege über die Herstellung notwendiger Kfz-Stellplätze (Stellplatzsatzung), hier: Satzungsbeschluss und Abwägung der Stellungnahmen aus der erneuten Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 1418/2023/MO/BV
7. 24. Änderung des F-Plans für das Gebiet: „südlich Voßmoor, östlich Ohlenkamp und westlich der vorhandenen Bebauung an der Wedeler Chaussee“: Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 1433/2023/MO/BV
8. Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den vorhabenbezogenen B-Plan 37 für das Gebiet: „südlich Voßmoor, östlich Ohlenkamp und westlich der vorhandenen Bebauung an der Wedeler Chaussee“

Vorlage: 1434/2023/MO/BV

9. Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 39 für das Gebiet des ehemaligen Amtshauses südlich der Straße Am Täberg, westlich der Amtsstraße
Vorlage: 1422/2023/MO/BV
10. Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Mitteilungen

Der Bürgermeister teilt mit, dass im Restaurant Ydrama der Fußboden im Bereich der Küche erneuert werden muss. Dies soll zeitnah durchgeführt werden.

Außerdem teilt er mit, dass die Aktion Sauberes Moorrege aufgrund von Schneefall abgesagt wurde. Der Nachholtermin ist für den 25.03.2023 angesetzt. Treffen ist um 09:00 Uhr am Vereinsheim. Zum Abschluss der Veranstaltung wird es eine Suppe geben. Um auch weitere Bürger zu informieren, wird der Termin über die Presse bekannt gegeben und die Vereine angeschrieben.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen der Einwohner gestellt.

zu 3 Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verweist auf die kommenden Tagesordnungspunkte und verzichtet auf einen gesonderten Bericht seinerseits.

zu 4 Beschluss über den Antrag zur Änderung des Regionalplans (Änderung der Grenzen des regionalen Grünzugs) mit dem Zweck, die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage zu ermöglichen. Vorlage: 1432/2023/MO/BV

Der Bürgermeister berichtet über das Thema Photovoltaikanlagen sowie der vorherrschenden Problematiken rund um das Thema. Er berichtet

zusätzlich von Gesprächen mit dem Kreis Pinneberg, denn auch Nachbargemeinden bewegt dieses Thema.

Herr Adam teilt mit, dass er zunächst das Thema gut findet. Allerdings sieht er es nach einer Fraktionssitzung kritischer, denn insbesondere für Landwirte werden diese Flächen unnutzbar. Er schlägt vor, dass weitere Beratungen erfolgen, wenn die rechtlichen Vorgaben entsprechend geschaffen worden sind.

Herr Repenning regt an, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Er weist daraufhin, dass es wichtig sei den Bürgern eine Möglichkeit zu geben sich an diesem Vorhaben zu beteiligen.

Es entsteht eine rege Diskussion.

Eine Bürgerbeteiligung wird angeregt, allerdings wird der Einwand erhoben, dass vorerst eine entsprechende Landesplanung vorliegen sollte. Man müsse den Bürgerinnen und Bürgern auch Fragen beantworten können.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen:

1. Die Aufstellung von Freiflächenphotovoltaikanlagen grundsätzlich zu unterstützen.
2. Auf den gesonderten Antrag zur Entlastung der für die Photovoltaikanlagen benötigten Flächen aus dem regionalen Grünzug wird verzichtet. Im Rahmen der Beteiligung zur Aktualisierung des Regionalplanes soll eine Stellungnahme abgegeben werden, in der auch die Entlassung der betroffenen Flächen aus dem regionalen Grünzug beantragt wird. Im Vorwege ist hierzu eine Bürgerbeteiligung durchzuführen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

**zu 5 Regenwasserentlastung Schulkoppel
Vorlage: 1430/2023/MO/BV**

Die vorliegende Vorlage wird kurz erläutert.

Herr Repenning lobt die Verwaltung für die Umsetzung der Planung insbesondere angesichts der zu erwartenden Kosten.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt, die Verwaltung zu ermächtigen alle erforderlichen Maßnahmen für die Umsetzung des Bauvorhabens durchzuführen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 6 **Satzung der Gemeinde Moorrege über die Herstellung notwendiger Kfz-Stellplätze (Stellplatzsatzung), hier: Satzungsbeschluss und Abwägung der Stellungnahmen aus der erneuten Auslegung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange**
Vorlage: 1418/2023/MO/BV

Herr Kasimir merkt an, dass in dem Entwurf wenig Fahrradstellplätze für Schüler aufgelistet sind. Es wird sich darauf verständigt, dass im Rahmen der Planung von Schulneubauten dies im Bauverfahren berücksichtigt wird.

Es wird nachgefragt aus welchem Grund die Stellplatzsatzung noch nicht rechtskräftig ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Die erneute Auslegung der Stellplatzsatzung ist notwendig geworden, weil im ersten Beteiligungsverfahren seitens einiger TÖB Fahrradstellplätze gefordert wurden, die in der Stellplatzsatzung nicht erwähnt wurden.

Der neue Entwurf der Stellplatzsatzung inklusive der Fahrradstellplätze musste (wie bei Bauleitplanverfahren) erneut ausgelegt werden.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen:

1. Die während der erneuten, beschränkten und verkürzten öffentlichen Auslegung der Satzung der Gemeinde Moorrege über die Herstellung notwendiger KFZ-Stellplätze und Fahrradstellplätze (Stellplatzsatzung) in der Zeit vom 23.01.2023 bis 06.02.2023 eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:
Es wird dem Abwägungsvorschlag gemäß Abwägungstabelle gefolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen vorgebracht haben, sowie die Behörden und Träger öffentlicher Belange, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von dem Ergebnis der Abwägung mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Auf Grundlage des §84 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein 2009 i.V.m. § 87 Landesbauordnung Schleswig-Holstein 2022 beschließt die Gemeindevertretung Moorrege die Satzung der Gemeinde Moorrege über die Herstellung notwendiger KFZ-Stellplätze und Fahrradabstellplätze (Stellplatzsatzung) für das Gemeindegebiet, bestehend aus dem Satzungstext (Anlage 2) als Satzung.
3. Der Beschluss der Satzung über die Herstellung notwendiger KFZ-

Stellplätze und Fahrradabstellplätze der Gemeinde Moorrege (Stellplatzsatzung) durch die Gemeinde Moorrege ist nach §10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo die Satzung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft erlangt werden kann.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 7

**24. Änderung des F-Plans für das Gebiet: „südlich Voßmoor, östlich Ohlenkamp und westlich der vorhandenen Bebauung an der Wedeler Chaussee“: Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 1433/2023/MO/BV**

Frau Möller und Herr Wolff vom Planungsbüro Möller-Plan stellen die Anregungen und Hinweise zum Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den B-Plan Nr. 37 vor und gehen auf die abgegebenen Stellungnahmen ein und erläutern diese.

Ebenso wird thematisiert, dass es Änderungen bei den Stellplätzen gibt.

Es wird angeregt, dass ein Halteverbot im Voßmoor eingerichtet werden soll, bevor die Vorlage genehmigt wird.

Es entsteht eine rege Diskussion, da das Thema Parkplätze kritisch zu betrachten ist. Die Ausschussmitglieder gehen nicht davon aus, dass nur pflegebedürftige Personen dort einziehen, sondern auch Senioren, welche mobil sind und einen eigenen PKW besitzen.

Die Verwaltung merkt an, dass der vorliegende Beschlussvorschlag nicht mit der Bedingung eines beidseitigen absoluten Halteverbotes im Bereich der Straße Voßmoor versehen werden kann.

Herr Adam fragt nach, wieso die Stellplatzsatzung bisher nicht rechtskräftig ist und bittet um Stellungnahme der Verwaltung.

Anmerkung der Verwaltung:

Frau Möller äußert sich, dass sie den Investor und auch die Gemeinde verstehen kann. Sie regt an, dass in den Durchführungsvertrag mit aufgenommen wird, dass ausreichend Stellplätze vorzuhalten sind. Wenn dies nicht der Fall ist hat der Investor auf dem eigenen Grundstück für ausreichende Parkplätze zu sorgen. Sie merkt an, dass auch eine unnütze Flächenversiegelung verhindert werden sollte.

Abschließend gibt es noch die Nachfrage, was bei einer Nutzungsänderung passiert. Frau Möller antwortet, wenn eine Nutzungsänderung erforderlich wird ist die Gemeinde an der Beratung

beteiligt und kann gegebenenfalls weitere Stellplätze fordern.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt:

Die während der öffentlichen Auslegung der 24.Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet: „südlich Voßmoor, östlich Ohlenkamp und westlich der vorhandenen Bebauung an der Wedeler Chaussee“ abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:

Berücksichtigt werden die Stellungnahmen gemäß anliegender Auswertung (Abwägung), welche Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Der Entwurf der 24.Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet: „südlich Voßmoor, östlich Ohlenkamp und westlich der vorhandenen Bebauung an der Wedeler Chaussee“ sowie die Begründung hierzu werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.

Der Entwurf des Planes und seine Begründung sind nach §3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind erneut zu beteiligen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten Planteilen abgegeben werden können (§ 4a Abs. 3 BauGB).

Das Planungsbüro Möller-Plan wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 S.1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 5 Nein: 0 Enthaltung: 4

zu 8

Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den vorhabenbezogenen B-Plan 37 für das Gebiet: „südlich Voßmoor, östlich Ohlenkamp und westlich der vorhandenen Bebauung an der Wedeler Chaussee“

Vorlage: 1434/2023/MO/BV

Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt:

Die während der öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen B-Planes 37 für das Gebiet: „südlich Voßmoor, östlich Ohlenkamp und westlich der vorhandenen Bebauung an der Wedeler Chaussee“ abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und

sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:

Berücksichtigt werden die Stellungnahmen gem. anliegender Auswertung (Abwägung), welche Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen B-Planes 37 für das Gebiet: „südlich Voßmoor, östlich Ohlenkamp und westlich der vorhandenen Bebauung an der Wedeler Chaussee“ sowie die Begründung hierzu werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.

Der Entwurf des Planes und seiner Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind erneut zu beteiligen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten Planteilen abgegeben werden können (§ 4a Abs. 3 BauGB).

Das Planungsbüro Möller-Plan wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 5 Nein: 0 Enthaltung: 4

zu 9

**Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 39 für das Gebiet des ehemaligen Amtshauses südlich der Straße Am Täberg, westlich der Amtsstraße
Vorlage: 1422/2023/MO/BV**

Es wird angemerkt, dass der Investor sich das beste Teilstück herausgesucht hat und der Gemeinde bewusst sein sollte, dass für die Pflege des Gehweges und der Rotbuche weiterhin die Gemeinde zuständig ist.

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen / Die Gemeindevertretung beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 39 gem. §12 i.V.m. §13a BauGB aufzustellen.

1. Für das Gebiet des ehemaligen Amtshauses südlich der Straße Am Täberg, westlich der Amtsstraße wird ein B-Plan (Nr. 39) aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
Die als öffentliche Verwaltung dargestellte Fläche (ehemaliger Sitz

- des Amtes Geest und Marsch Südholstein) soll der Innenentwicklung und Nachverdichtung dienen. Auf dem Gelände soll hauptsächlich Wohnbebauung entstehen. Ein Anteil von ca. 10-20 % soll der gewerblichen Nutzung dienen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
 3. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs sowie mit der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange soll das Planungsbüro Möller Plan in Wedel beauftragt werden.
 4. Von der frühzeitigen Unterrichtung und der Erörterung wird nach § 13a BauGB abgesehen.
 5. Die Verwaltung wird gebeten, einen Kostenübernahmevertrag auszuarbeiten und dem Bürgermeister zur Unterschrift vorzulegen

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 2 Enthaltung: 0

zu 10 Verschiedenes

Es gibt keine Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 21:21 Uhr. Die Öffentlichkeit verlässt den Raum und die Sitzung wird nach kurzer Pause mit dem nichtöffentlichen Sitzungsteil um 21:25 Uhr fortgesetzt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.03.2023

Gez. (Wolfgang Burek)
Vorsitzender

Gez. (Pagelkopf)
Protokollführerin